

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Dr. Angela Merkel, Gerda Hasselfeldt, Heinz Seiffert, Vera Lengsfeld, Günter Nooke, Michael Stübgen, Ulrich Adam, Dr. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Hartmut Büttner (Schönebeck), Manfred Grund, Dr. Paul Krüger, Hans-Peter Repnik und der Fraktion der CDU/CSU

Aufbau Ost endlich wieder richtig machen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Bundestagswahlkampf 1998 haben die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der jetzige Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber der Bevölkerung das Versprechen abgegeben, den Aufbau Ost zur Chefsache zu machen und mit einem gebündelten Zukunftsprogramm voranzutreiben.

Trotz dieser Ankündigung sind weder vom Bundeskanzler noch von der übrigen Bundesregierung Impulse und Akzente für einen kraftvollen Aufbau Ost ausgegangen. Im Gegenteil: Durch die in den letzten Monaten verabschiedeten Gesetze und Vorhaben der Bundesregierung verschlechtern sich zunehmend die Rahmenbedingungen für Gesamtdeutschland und damit vor allem auch für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozeß der neuen Länder:

Der künftige Bundeshaushalt droht insbesondere zu einem Sparhaushalt Ost zu werden. Bereits der laufende Haushalt 1999 stellt keine zusätzlichen echten Aufbaumittel zur Verfügung. Der von der Bundesregierung behauptete Zuwachs von 10 Mrd. DM ist irreführend. Denn hierzu gehören die Ausgaben für die Bundesbehörden in Berlin, hierzu gehört auch der um 6,4 Mrd. DM gestiegene Zuschuß zur Sozialversicherung. Sogar die für die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge umverteilten Ökosteuern tauchen in den Ausgaben wieder als Mittel für den Aufbau Ost auf.

Gleichzeitig deutet sich eine rückläufige Tendenz bei den echten Fördermitteln an. Die Mittel für Investitionen und neue Dauerarbeitsplätze und damit einen dauerhaften Aufbau der neuen Länder gehen in 1999 zurück. 100 Mio. DM weniger für den Städtebau sowie den sozialen Wohnungsbau, 200 Mio. DM weniger für die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur sind symptomatische Beispiele. Eine ca. 10%ige Reduzierung des Investitionsanteils der Leistungen in die neuen Bundesländer wird ein fatales Signal für Investoren sein. Die Bundesregierung hat sich bislang allen Verbesserungsvorschlägen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verschlossen: Nachdem zunächst die Anträge im Ausschuß für Angelegenheiten der neuen Länder des Deutschen Bundestages auf investive Verbesserungen für den

Haushalt 1999 von insgesamt 1,9 Mrd. DM niedergestimmt wurden, hat die jetzige Koalition anschließend auch entsprechende Vorschläge im Plenum des Deutschen Bundestages abgelehnt.

Gleiches gilt für Erleichterungen bei der sog. Ökosteuer. Seit Einführung dieser Steuer ist klar: Der Osten mit den erhöhten Mobilitätsanforderungen an seine Bürger wird durch unverhältnismäßige Benzinpreise und einer um ca. 50%igen Mehrbelastung von Pendlern gegenüber dem Westen besonders hart betroffen. Den Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Plenum des Deutschen Bundestages, die neuen Länder befristet von der sog. Öko-Steuer auszunehmen, hat die rot-grüne Koalitionsmehrheit abgelehnt. Gleichzeitig sind die nächsten Belastungen bereits greifbar: Die konkret angekündigten nächsten Schritte der ökologischen Steuerreform mit bis zu 40 Pf. höheren Benzinpreisen werden die Benachteiligung des Ostens noch verstärken. Hinzu kommt, daß nach EU-Recht die Steuerermäßigungstatbestände für das Produzierende Gewerbe spätestens nach drei Jahren überprüft werden müssen und dann eine weitere, drastische Belastung der Wirtschaft nicht auszuschließen ist.

Auch auf anderen, für den weiteren Angleichungsprozeß wichtigen Gebieten wie der Infrastruktur fehlt es an einem Vorrang und klaren Entscheidungen für den Aufbau Ost: Wichtige Verkehrsprojekte insbesondere in Thüringen wie beispielsweise die ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8) stehen unter Prüfvorbehalt oder drohen zu Investitionsruinen zu werden. Andere Projekte können nur durch Kürzungen bei weiteren Straßenbaumaßnahmen finanziert werden. Gleichzeitig laufen Planungsrechte aus, und Vorhaben werden dadurch insgesamt gefährdet. So kann man keine erfolgreiche Standortpolitik für den Osten unterstützen.

Als weiterer Standortfaktor ist auch die notwendige Strompreisangleichung Ost-West offensichtlich zurückgestellt. Obwohl diese Angleichung der Strompreise ausdrücklich im Koalitionsvertrag geregelt ist, herrscht Stillstand. Die Bundesregierung konnte bislang keinerlei Konzept vorlegen. Ähnliches gilt für die im Koalitionsvertrag angekündigte gesamtdeutsche Wohngeldreform. Konkrete Ergebnisse lassen immer noch auf sich warten. Damit droht der Osten nach Ablauf der hierfür bis 2000 geltenden Sonderregelung weiter zurückzufallen. Allen Maßnahmen ist damit trotz gegenteiliger Ankündigungen gemeinsam: Eine Verbesserung für Ostdeutschland gibt es nicht. Bestenfalls wird der Status quo gewahrt.

Der Arbeitsmarkt Ost entwickelt sich besorgniserregend. Die Arbeitslosenquote beträgt immer noch 17 %, gleichzeitig sinken die Erwerbstätigenzahlen. Ost und West drohen, auseinanderzudriften. Eine strukturelle Besserung ist nicht in Sicht. Die von der Bundesregierung geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben zu oft keine Brückenfunktion hin zum ersten Arbeitsmarkt. Insbesondere Strukturanpassungsmaßnahmen an Wirtschaftsunternehmen wären ein wirksames Mittel für mehr Dauerarbeitsplätze in Ostdeutschland. Bereits heute jedoch sind die Mittel für das Jahr 1999 zum größten Teil gebunden, so daß eine erhebliche Nachfrage nach diesem Instrument nicht befriedigt werden kann. Die Bundesregierung vernachlässigt damit das Instrument der betrieblichen Eingliederungshilfen. Das zeigt sich nicht zuletzt durch die aktuellen Gesetzesänderungen zum SGB III.

Beim Flächenerwerb in den neuen Ländern bereitet die Bundesregierung einen Kahlschlag vor, der allenfalls geeignet ist, höhere Verkaufspreise zugunsten des Bundeshaushaltes zu erbringen. Die durch das DDR-System erlittenen Nachteile beim Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen

werden aber künftig nur noch unzureichend ausgeglichen. Die Bundesregierung plant, statt bisher bis zu 75 % des Wertes nur noch 35 % Kaufpreinsnachlaß zu gewähren. Diese drastische Einschränkung wird allen beteiligten Interessen nicht gerecht.

Bereits jetzt sind mittel- und langfristig Weichen falsch gestellt worden. Die Wirtschaft in den neuen Ländern leidet u.a. an einer wesentlich zu geringen Exportquote. Nichtsdestotrotz sind die Handelsbeziehungen nach Osteuropa weiterhin stark entwickelt. Die Bundesregierung hat es jedoch versäumt, unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft die Vorbereitung der EU-Osterweiterung zu forcieren und damit eine konkrete Perspektive für den weiteren Ausbau dieser in Ostdeutschland wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zu bieten.

Dies alles zeigt: Den Ankündigungen des heutigen Bundeskanzlers und der Regierungskoalition im Wahlkampf vor einem Jahr sind keine Taten gefolgt. Aus dem gebündelten Zukunftsprogramm ist ein Programmbündel ohne Zukunft zum Schaden insbesondere des Standortes Ost geworden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf, in den aktuell geplanten bzw. bereits vorbereiteten Haushalts- und Steuergesetzen eine eindeutige inhaltliche Priorität zum weiteren Aufbau der neuen Länder und zur schnelleren Angleichung der Lebensverhältnisse zu setzen und hierzu ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der Bundesregierung sicherzustellen.

Bonn, den 22. Juni 1999

Dr. Michael Luther
Dr. Angela Merkel
Gerda Hasselfeldt
Heinz Seiffert
Vera Lengsfeld
Günter Nooke
Michael Stübgen
Ulrich Adam
Dr. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Manfred Grund
Dr. Paul Krüger
Hans-Peter Reppnik
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion